

Die Beziehungen Russlands zu den Staaten des Südkaukasus. Eine Kurzdarstellung

Marius Calligaris

Betrachtet man das Verhältnis Russlands zu den Staaten des Südkaukasus, so ergibt sich ein recht inhomogenes Bild.

1. Georgien

Die georgisch-russischen Beziehungen waren seit der „Revolution der Rosen“ (2003), die Präsident Eduard Schewardnadse das Amt kostete, gespannt. Der Hauptgrund liegt in dem von Präsident Micheil Saakaschwili eingeleiteten Prozess politischer und wirtschaftlicher Reformen (die nicht im Interesse Moskaus liegen), insbesondere aber in der von Georgien proklamierten außenpolitischen Priorität, nämlich der Integration in euro-atlantische Strukturen, konkret die Annäherung an die EU im Rahmen von Aktionsplänen innerhalb der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft sowie das Streben nach Mitgliedschaft in der NATO. Insbesondere letzteres betrachtet Russland als mit seinen Interessen entschieden unvereinbar.

Moskau ging insbesondere ab 2006 dazu über, Georgien unter Druck zu setzen. Es kam zu Unterbrechung von Gaslieferungen und – unter dem Verweis auf angebliche mangelnde sanitäre Standards – zu einem Importstopp für Wein und Mineralwasser, d.h. den Hauptexportprodukten Georgiens auf den russischen Markt.

Eine weitere Verschlechterung der Beziehungen trat nach der Verhaftung angeblicher russischer Spione durch die georgischen Behörden ein. Russland schloss die Grenze, legte alle Verkehrsverbindungen still, stellte die Ausstellung von Visa ein und rief seinen

Botschafter aus der Hauptstadt Tbilisi zu „Konsultationen“ nach Moskau zurück. Es kam zu Übergriffen gegen in Russland lebende Georgier.

Nach einem Treffen der Präsidenten Wladimir Putin und Saakaschwili bei einem GUS-Gipfel im November 2006 folgten eine leichte Entspannung und die Rückkehr des russischen Botschafters nach Tbilisi. Anfang August 2007 brach aber eine neue Krise aus. Georgien behauptete, dass russische Kampfflugzeuge eine Rakete auf sein Territorium abgefeuert hätten. Tatsächlich wurde eine Rakete auf georgischem Gebiet gefunden, eine Untersuchungskommission der OSZE konnte jedoch die genauen Umstände des Vorfalls nicht klären.

Im November 2007 wurde Tbilisi von Unruhen erschüttert. Die Behörden setzten die Polizei gegen oppositionelle Demonstranten ein; es gab mehrere Verletzte. Das offizielle Georgien beschuldigte Russland, hinter diesen Demonstrationen zu stehen, was dieses natürlich vehement bestritt. Nichtsdestoweniger bekundete Saakaschwili nach seiner Wiederwahl im Jänner 2008 Interesse an einer Verbesserung des bilateralen Verhältnisses. Bei einem Treffen mit Putin wurden diesbezügliche praktische Maßnahmen, wie die eingeschränkte Wiederaufnahme des Flug- und Schiffsverkehrs, die Möglichkeit von Geldtransfers und Visa-Erleichterungen vereinbart. Moskau benutzte aber die separatistischen Provinzen Abchasien und Südossetien weiter, um die NATO-Ambitionen Georgiens zu konterkarieren. Moskau setzte darauf, dass wichtige NATO-Staaten nicht ein Land aufnehmen wollen, das offenkundige territoriale Probleme hat, in denen Moskau eine Rolle spielt. Der Krieg zwischen Georgien und Russland im August 2008 dürfte übrigens die Aussichten Tbilisis auf eine NATO-Mitgliedschaft auf absehbare Zeit tatsächlich zunichte gemacht haben, womit Moskau ein wichtiges Ziel wohl erreicht hat.

Abchasien und Südossetien sind nicht erst seit dem Beginn der Präsidentschaft Saakaschwilis „Steine des Anstoßes“ zwischen Russland und Georgien. Seit den militärischen Auseinandersetzungen mit den beiden dissidenten Territorien, welche schon damals von Russland zumindest indirekt unterstützt wurden, Ende der achtziger bzw. am Anfang der neunziger Jahre und den Niederlagen der Zentralregierung in

Tbilisi waren in den beiden Gebieten von Russland kontrollierte „Friedenstruppen“ stationiert, die Georgien aber stets als Besatzungsverbände ansah. Russland machte sich die Situation zunutze und stellte allen in Abchasien und Südossetien, die es wollten, russische Pässe aus. Russland unternahm nichts, um die Konflikte auf der Grundlage der territorialen Integrität Georgiens einer Lösung zuzuführen. Die Anerkennung des Kosovo ab 2008 brachte insofern ein neues Element ein, als Abchasien und Südossetien international verstärkt die Anerkennung ihrer „Unabhängigkeit“ forderten (obwohl sie diese lange vor dem Kosovo erklärt hatten). Russland bekannte sich verbal zwar immer wieder zur territorialen Integrität Georgiens, setzte jedoch wiederholt konträre Signale, so z.B. Anfang 2008 durch die einseitige Aufhebung der 1996 gegen Abchasien und Südossetien verhängten GUS-Sanktionen (v.a. im wirtschaftlichen Bereich).

Die russische Staatsduma, das Unterhaus des Parlaments, richtete an Präsident und Regierung die Forderung nach Anerkennung Abchasien und Südossetien als „unabhängige Staaten“. Russische Ministerien begannen eine offene Kooperation mit den „Behörden“ der beiden Provinzen. Im Frühjahr 2008 trat eine weitere Verschärfung ein, als Putin die direkten Kontakte zu ihnen weiter aufwertete. Russland verstärkte „zum Schutz der eigenen Staatsbürger“ (gemeint: in Abchasien und Südossetien) seine Truppen in unmittelbarer Nähe der beiden Gebiete. Georgien hielt um die gleiche Zeit Militärmanöver ab.

2007 und 2008 nahmen die Spannungen an den georgischen Waffenstillstandslinien zu Abchasien sowie Südossetien stetig zu; es kam immer öfter zu Zwischenfällen, u.a. in den von ethnischen Georgiern bewohnten Dörfern in der südossetischen Konfliktzone. Anfang August 2008 marschierten georgische Truppen in Südossetien ein. Russland intervenierte unmittelbar darauf zu Lande, zu Wasser und in der Luft, schlug die georgische Armee in wenigen Tagen zurück und besetzte Teile Georgiens, die teilweise weit außerhalb Abchasiens (wo keine georgischen Soldaten einmarschiert waren) und Südossetiens lagen. Im Folgemonat zogen sich die Russen überwiegend auf Positionen innerhalb der beiden separatistischen Territorien zurück. Inzwischen hatte Moskau aber Abchasien und Südossetien als

„unabhängige Staaten“ anerkannt. Daraufhin brach Georgien die diplomatischen Beziehungen zu Russland ab und erklärte seinen Austritt aus der GUS. Seither bestehen keine formellen Kontakte zwischen den beiden Staaten mehr; es sind lediglich informelle bzw. indirekte Kanäle geblieben. Die Schweiz vertritt die beiden Länder in der jeweils anderen Hauptstadt.

Gegen Jahresende 2009 kam es zu einer gewissen Entspannung. Die beiden Staaten einigten sich auf die Wiedereröffnung eines seit 2006 geschlossenen Grenzüberganges per März 2010. Im Jänner 2010 wurden auch georgische Charterflüge nach Moskau wieder aufgenommen.

2. Armenien

Armenien unterhält unter den drei südkaukasischen Republiken die engsten Beziehungen zu Russland. Dies ist überwiegend durch die geopolitische Lage bzw. die Isolation des Landes bedingt. Zum ehemaligen Kriegsgegner Aserbaidschan hat Armenien keine diplomatischen und Handelsbeziehungen, das Verhältnis zur Türkei war bis vor Kurzem u.a. aus historischen Gründen stark belastet (auf dieses komplexe Thema kann hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden). Die Beziehungen zu Georgien sind korrekt, aber nicht mehr. Zum Iran besteht ein sehr gutes Verhältnis. Russland ist aber de facto der einzige auch und gerade auf militärpolitischer Ebene verlässliche Verbündete. Die Beziehungen sind angesichts gemeinsamer strategisch-militärischer und wirtschaftlicher Interessen eng und durch einen Freundschaftsvertrag von 1997 abgesichert. Angesichts der pro-westlichen Orientierung Georgiens und (wenngleich mit Vorbehalten) auch Aserbaidschans ist auch aus der Sicht Moskaus Armenien der einzige verlässliche Alliierte in der Region.

Russland unterhält in Armenien eine Militärbasis und Grenztruppen an den Grenzen Armeniens zur Türkei und zum Iran. Widerstand gegen die russische Militärpräsenz ist in der armenischen Bevölkerung nicht erkennbar, im Gegenteil: Sie gilt als „Garant der Sicherheit“ des kleinen Landes. Und die armenischen Streitkräfte sind fast zur Gänze mit

sowjetischen bzw. russischen Waffen ausgerüstet. Armenien ist wirtschaftlich – und insbesondere auf dem Energiesektor – stark von Russland abhängig. Moskau ist der einzige Lieferant von Erdöl und der mit großem Abstand wichtigste Lieferant von Erdgas (etwas Gas bezieht Armenien aus dem Iran). Die entsprechenden Pipelines werden von der gemeinsamen Gesellschaft ArmRos-Gazprom betrieben. Obwohl die Preise zuletzt erhöht wurden, bezieht Armenien aus Russland seine Energieträger zu einem im internationalen Vergleich sehr günstigen Preis: Das ist eine Folge der „Loyalität“, die Jerewan gegenüber Moskau in praktisch allen politischen, ökonomischen und militärischen Fragen zeigt. Große russische Investitionen gibt es auch im Bankwesen und dem Telekommunikationssektor. Die armenische Eisenbahngesellschaft befindet sich in russischer Hand. Allerdings führen armenische Gesprächspartner gelegentlich Klage über zu geringe russische Investitionen in die Instandhaltung aufgekaufter Betriebe.

Die Frage, ob die sich anbahnende Normalisierung zwischen Armenien und der Türkei sowie eine damit allenfalls verbundene Öffnung der gemeinsamen Grenze und die dadurch reduzierte Isolation Armeniens (mit einer damit verbundenen verringerten Abhängigkeit von Russland) in Moskau nicht als gegen die eigenen Interessen gerichtet angesehen werden könnte, verneinen armenische wie auch ausländische Gesprächspartner in Jerewan: Die Stellung Russlands im Land sei so dominierend, dass sie durch eine Öffnung der Grenze zur Türkei nicht substantiell geschwächt würde.

Angesichts der engen Bindung an Russland herrscht in Jerewan Reserviertheit gegenüber der NATO, deren Osterweiterung bekanntlich von Moskau scharf abgelehnt wird. Armenien ist allerdings (wie Georgien und Aserbaidschan auch) Mitglied im Nordatlantischen Kooperationsrat und bei der Partnership for Peace (PfP).

Die Annäherung Armeniens an die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik bzw. der Östlichen Partnerschaft erfreut Russland nicht unbedingt; es leistet aber auch keinen ernsthaften Widerstand dagegen. Armenien wird auch von Washington „umworben“ und erhält von dort seit vielen Jahren erhebliche Finanzhilfe, wobei die armenische

Diaspora in den USA eine signifikante Rolle spielt. Die Aufgabe der strategischen Partnerschaft mit Russland ist aber in der überschaubaren Zukunft völlig ausgeschlossen.

3. Aserbaidtschan

Die Beziehungen zu Russland gestalteten sich in den ersten Jahren nach dem Zerfall der UdSSR schwierig. In Baku herrschte insbesondere Misstrauen wegen russischer Waffenlieferungen an Armenien während des Krieges um die armenische Exklave Nagorno-Karabach 1991 bis 1994. Aserbaidtschan lehnte daher auch russische „Friedenstruppen“ ab, da es von diesen keine Unparteilichkeit erwartete.

Nach dem Besuch von Präsident Haydar Alijew in Moskau 2002 trat eine Verbesserung des Verhältnisses ein. Durch die so genannten „bunten Revolutionen“ in Georgien (2003) und der Ukraine (2004), die als (mehr oder weniger) „prorussisch“ eingestufte Führungen stürzten, glaubten sich die Regimes in Aserbaidtschan und Russland gleichermaßen bedroht und fanden nun diesbezügliche gemeinsame Interessen.

Die gemäßigt „prowestliche Orientierung“ Bakus wird in Moskau aber mit Misstrauen betrachtet. Aserbaidtschan betreibt, allerdings mit geringerer Intensität als Georgien und selbst Armenien, eine Annäherung an die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft. Es ist Aserbaidtschan aber im Wesentlichen gelungen, Moskau davon zu überzeugen, dass sein vorsichtiger euro-atlantischer Kurs nicht notwendigerweise die Entwicklung der bilateralen Beziehungen beeinträchtigt. Das Verhältnis ist allerdings insgesamt eher kühl und auf beiden Seiten von einem gewissen Misstrauen gekennzeichnet. Zumal hat die Georgien-Krise 2008 Baku (nicht zum ersten Mal) deutlich vor Augen geführt, wer im Ernstfall die Ordnungsmacht im Südkaukasus ist. Ein hoher Beamter des aserbaidtschanischen Außenministeriums formulierte im Herbst 2008 sinngemäß, dass sich die „prowestliche“ Linie der Politik Bakus nicht ändern werde, „aber wir müssen sehr

vorsichtig sein, Moskau nicht zu verärgern.“ Russische Militärbasen in Aserbaidschan existieren nicht. Allerdings besteht bis 2012 ein Vertrag, der Moskau die Nutzung einer großen Radaranlage in Gabala (Teil des russischen Frühwarnsystems vor Raketenangriffen) gestattet.

Dank seiner eigenen Energieressourcen ist Aserbaidschan weit weniger von Russland abhängig als viele andere GUS-Staaten. In der Vergangenheit kam es aber immer wieder Meinungsverschiedenheiten über den Preis für russische Gaslieferungen nach Aserbaidschan, was zur Reduzierung der Importe führte. Stein des Anstoßes zwischen den beiden Ländern ist auch die aserbaidische Unterstützung Georgiens in Form von Gaslieferungen.

Gegen die Interessen Moskaus gerichtet ist auch das Bestreben Bakus, sich auf dem Energiesektor gegenüber dem Westen als verlässliches Produktions- und Lieferland zu profilieren. So unternahm Russland auch Versuche, die Zusammenarbeit Aserbaidschan – Georgien – Türkei auf dem Pipelinesektor (Baku – Tbilisi – Ceyhan bzw. Baku – Tbilisi – Erzurum) zu hintertreiben. Aserbaidschan ist zudem Schlüsselement in Pipelineprojekten wie Nabucco (das bis nach Österreich führen könnte) und ITGI (das aserbaidisches Gas über die Türkei nach Griechenland und Italien bringen könnte), an denen sich Moskau insofern stört, als sie seine Exklusivität als Transitland in Richtung Westen in Frage stellen würden. Russland hat Aserbaidschan daher angeboten, die nicht vertraglich gebundenen Gasmengen zu Weltmarktpreisen zu kaufen (was u.a. eine Befüllung Nabuccos erschweren, wenn nicht überhaupt verunmöglichen würde). Dies entspricht aber nicht der grundsätzlichen Linie Bakus (s.o.), welches in einer Art „Schaukelpolitik“ – und wohl um Moskau nicht zu verärgern – mit Russland kürzlich eine Vereinbarung über den Verkauf einer allerdings vorläufig geringen Menge Gases über zehn Jahre hinweg abgeschlossen hat. Der Energiesektor könnte derjenige Bereich sein, in dem das Verhältnis zwischen Aserbaidschan und Russland in der Zukunft auf die härteste Probe gestellt werden wird.

Das unterschiedliche Verhältnis der drei südkaukasischen Staaten zu Russland sollte kein wesentliches Hindernis für die Entwicklung der

Beziehungen der EU zu diesem Raum darstellen. Georgien, Armenien und Aserbaidschan sind – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – am Ausbau des Verhältnis interessiert, und in Moskau hat man dies im wesentlichen akzeptiert.